



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/291

14. Dezember 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Einbau der Vertriebenen in die Verwaltung	S.1
Die Vermittlungsversuche im Korea - Konflikt	S.3
Bei Pieck: keine Weihnachtsgratifikationen	S.4
Vorschulung für Düsenjäger bei der FDJ	S.5

Artikel 131 wieder aktuell

sp. Eine seit langem ausstehende, sehr wichtige soziale Maßnahme wird in diesen Tagen erneut im Bundestag behandelt: ein Gesetz über den Einbau der Vertriebenen in die Verwaltung. Es ist der Komplex des viel zitierten Artikels 131 des Grundgesetzes, in dem es heißt: " Die Rechtsverhältnisse von Personen einschliesslich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8.5.1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten-oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln. Entsprechendes gilt für Personen einschliesslich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8.5.1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten-oder tarifrechtlichen Gründen keine oder keine entsprechende Versorgung mehr erhalten."

In den Ländern hat es bisher verschiedene Regelungen gegeben. Vor längerer Zeit hatte dann die Bundesregierung einen Entwurf vorgelegt, der sich im wesentlichen auf drei Personengruppen bezog: auf die Vertriebenen, die ehemaligen Wehrmachtangehörigen und die Entnazifizierten. Dieser Entwurf sah nur teilweise die Gleichstellung der Vertriebenen mit den Einheimischen vor. Die SPD hatte von vornherein die Gleichstellung verlangt und ausserdem beantragt, dass bei den Spätheimkehrern die Dienstzeit nicht am 8.5.1945 als abgelaufen anzusehen sei, sondern dass die Zeit der Gefangenschaft mit eingerechnet werde. Sie hatte sich schliesslich für die Unterbringungs-

pflicht nicht nur der vertriebenen Beamten, sondern auch der Angestellten und Arbeiter eingesetzt.

Man sind von der SPD eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht worden, wonach die freien, frei werdenden und neu geschaffenen Beamten- und Richter-Planstellen und Stellen für Angestellte beim Bund, bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie bei sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nur nach Massgabe von fest umrissenen Bestimmungen besetzt werden dürfen. Damit soll verhindert werden, dass auf irgendeine Weise von den "Dienstherren" vorbeugend Stellen für nachrückende Einheimische blockiert werden. Anders ausgedrückt: Man hat zu Gunsten der Vertriebenen eine einstweilige Sperre in der Besetzung solcher Stellen vorgesehen.

Der Kern des Antrags ist, dass 20% aller vorhandenen Planstellen dem Personenkreis aus Artikel 131 vorbehalten sind. Das ist das Soll jedes Dienstherren. Ist dieser Pflichtanteil zu einem Drittel erreicht, so ist künftig jede dritte Stelle frei verfügbar, ist er zur Hälfte erreicht, jede zweite. Selbstverständlich werden die bereits eingesetzten Personen laut Artikel 131 auf diesen Plan angerechnet. Die besonders bevorzugt geregelte Unterbringung der Schwerkriegsbeschädigten und Spätheimkehrer wird von den neu vorgeschlagenen Bestimmungen nicht berührt.

Das Gesetz soll keine Anwendung auf Gemeinden oder sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit weniger als fünf Beamten und Angestellten finden.

Das Gesetz würde einen ersten wesentlichen Schritt zur Eingliederung dieser grossen Gruppe von besonders Benachteiligten in die Verwaltung bedeuten, vor allem bei der Bundesbahn und der Post. Freilich muss man vor übertriebenen Erwartungen warnen, weil trotz der Grösse des in Betracht kommenden Kreises von Ämtern und Dienststellen der Abgang beschränkt ist und nicht annähernd der Zahl der berechtigten Anwärter entspricht.

Drei Inder vermitteln

f. Von einem Inder mit englischem Adelstitel hängt es in nicht unwesentlichem Maße ab, ob es zu einer friedlichen Lösung des bedrohlichen Streites zwischen dem kommunistischen China und den Vereinten Nationen kommen wird. Sir Benegal Rau hat als Vorsitzender des Welt-sicherheitsrates in den kritischen Oktoberwochen sein grosses Geschick als Verhandlungsführer bewiesen. Als Asiate westlichen Bildungsganges ist er in hohem Maße geeignet, zwischen zwei Welten zu vermitteln, deren Hader nicht zuletzt so gefährliche Formen angenommen hat, weil sie einander nicht begreifen. Die Katastrophe, die durch das chinesische Eingreifen in Korea entstanden ist, war vermeidbar. Darin liegt Kritik und Trost zugleich, Kritik an der Fehlentscheidung der Offensive, die die Streitkräfte der Vereinten Nationen an die chinesische Grenze bringen sollte - der Trost, dass eine Besinnung auf den ursprünglichen Auftrag der Vereinten Nationen eine Verstrickung des Westens in einen endlosen Krieg mit China immer noch verhindern kann.

In den Tagen der Rosen ist die warnende Stimme eines anderen Inders, des Premierministers Nehru, ungehört verhallt. Man hat seine Prophezeiung nicht ernst genommen, dass der Tag bald kommen werde, an dem man sich seiner Warnungen entsinnen werde. Ein dritter Inder, der einzige bei der chinesischen Regierung akkreditierte Botschafter eines grossen Landes, Panikkar, hat ebenso vergebens gewarnt. Dabei war er der einzige, der aus der Nähe die Dinge beurteilen konnte. Panikkar hat damals, als Peking drohte, in Korea einzugreifen, wenn die Streitkräfte der Vereinten Nationen den 38. Breitengrad überschreiten würden, den westlichen Hauptstädten mitgeteilt, dass diese Drohung sehr ernst zu nehmen sei. Washington, das keinen eigenen Beobachter in Peking hat, blieb dabei, dass es sich um einen Bluffversuch handelte. Diesen vermeidbaren Irrtum bezahlt nun Amerika und mit ihm der ganze Westen sehr teuer.

Nehru hat auch darin auf eine tragische Weise Recht behalten, dass die Asienpolitik des Westens, vor allem Amerikas, von falschen Voraussetzungen ausgeht, weil sie Ursprung und treibende Kraft der Revolution in ganz Asien verkennt und daher immer und überall auf die falschen Pferde setzt. Milliarden Dollar Lehrgeld sind bereits

in China bezahlt worden. Dass es den Kommunisten gelungen ist, sich an die Spitze des Aufstandes gegen die reaktionäre Clique Tschiang Kai-scheks zu setzen und für diesen Kampf schliesslich das ganze chinesische Volk zu gewinnen, kam nicht deshalb so, weil das Volk den Kommunismus wollte, sondern weil es den Treiben Tschiang Kai-scheks ein Ende setzen wollte.

Heute, nach der Katastrophe in Korea, ist der Westen auf die vermittelnde Hilfe der drei Inder angewiesen, deren Warnungen gestern in den Wind geschlagen wurden. Nehru, Sir Benegal Rau und Panikkar kennen den Westen gut genug, um genau zu wissen, was ihm an Zugeständnissen zugemutet werden kann und was China an Forderungen verwehrt werden muss - auch heute noch. Sie wollen ebensowenig wie der Westen, dass auf dem Umweg über das chinesische Eingreifen die nordkoreanische Aggression belohnt und der Auftrag der Vereinten Nationen, diese Aggression zu bekämpfen, vollends vereitelt werden.

Weihnachtsgratifikationen verboten

sp. Der kommunistische "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund" als "Interessenvertreter" der Werktätigen in der Ostzone hat jegliche Auszahlung von Weihnachtsgratifikationen in den volkseigenen und auch privaten Betrieben strengstens untersagt. Damit wird für viele Arbeiter und Angestellte die vorweihnachtliche Stimmung mit einem Schlage restlos verdorben. In der Begründung des FDGB heisst es u.a., dass die Zahlung von Weihnachtsgratifikationen in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben nicht den neuen ökonomischen Verhältnissen in der Ostzone entspreche. Sie stehe völlig im Widerspruch zu der Anwendung des "Leistungsprinzips" und zum "Plangesetz". Nach der Meinung des "Gewerkschaftsbundes" würden es sich die Belegschaften der volkseigenen und privaten Betriebe, an ihrer Spitze die "Aktivisten, Helden der Arbeit und Nationalpreisträger" angeblich stark verbitten, Almosen anzunehmen.

Soweit es sich um "Helden der Arbeit" und um "Nationalpreisträger" handelt, die bewusst mit hohen Spezialzuwendungen bedacht werden, mag dies ohne weiteres stimmen. Aber die Masse der Arbeiter, die tagaus, tagein ohne jegliche Sondervergütung hohe Arbeitsnormen erfüllen muss, hätte eine kleine finanzielle Sondervergütung mehr als begrüsst. Was - so fragt man sich - haben die Arbeiter und Angestellten letztlich davon, wenn sie heute in "volkseigenen", also ihnen gehörenden Betrieben arbeiten? Verstärkte Ausbeutung, geringere Lohnsummen, laufende Erhöhung der Arbeitsnormen durch das TAM-System und das grundsätzliche Verbot der Zahlung von Weihnachtsgratifikationen - das sind die "sozialen Fortschritte" für den Arbeiter im Bereich der Ostzone. Alle Errungenschaften, die sich die europäischen Arbeiter in vielen Jahrzehnten mühsam erkämpften, werden in der Ostzone Zug um Zug beseitigt.

-g-

Nachrichten aus der Sowjetzone:Vorschulung für Düsenjäger bei der FDJ

sp. Auf einer Sitzung des sächsischen FDJ-Landesvorstandes wurden kürzlich nähere Angaben über die Segelflugschulung in den FDJ-Segelflugschulen in Damngarten bei Stralsund, Güstrow in Mecklenburg und Leucha in Sachsen gemacht. Fortgeschrittene erhalten dabei Windschulung mit "Schwerpunktfesselung". Der Flugschüler muss dabei im Flugzeug liegen. Die Übungen sind eine Vorschulung für den späteren Einsatz in Düsenjägern. Diese Schulung wird von sowjetischen Instruktoren geleitet. Die auf den Schulen benutzten Segelflugmaschinen, werden zum größten Teil aus Ungarn geliefert. Vor kurzem trafen sechs Hochleistungsmaschinen und vier einfache Segelflugmaschinen ein. Auf der Tagung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass über die Art der vormilitärischen Ausbildung und ihren Stand strengstens Stillschweigen gewahrt werden müsse. Nur über den Modellbau in FDJ-Einheiten seien Veröffentlichungen erlaubt.

+ +

Flugplatz Werneuchen wird vergrößert

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, wurden in Werneuchen bei Berlin drei Landwirte enteignet, damit der dortige Militärflugplatz um 240 Morgen erweitert werden kann. Mit dem Ausbau der Anlagen wurde bereits begonnen. Die Startbahn des Flugplatzes wird zementiert und verlängert, um sie auch für Düsenjäger benutzen zu können. Als Termin für die Fertigstellung der Bauten, an denen bis heute 40 Techniker und Ingenieure und 800 Arbeiter eingesetzt sind, wird der 15. Mai 1951 genannt.

+ +

Rivalitäten zwischen HO und Konsumgenossenschaften

sp. Wie das Ostbüro der SPD erfährt, bestehen zwischen den sowjetzonalen Konsumgenossenschaften und der HO im Wachsen begriffene Spannungen. Diese Spannungen ergeben sich aus der Vorrangstellung, die die staatliche HO bei allen Einkäufen genießt. Mit allen Mitteln ist die HO bestrebt, die bessere Organisation der Konsumgenossenschaften zu erreichen. Dabei wird ihr von den sowjetzonalen Finanz- und Wirtschaftsministerien jede nur denkbare Hilfe geleistet. Durch beabsichtigte weitere Preissenkungen in den HO-Läden soll versucht werden, die Genossenschaften in den Hintergrund zu drängen.

+ +

Nachwächterliche Friedenswacht

Der "Märkischen Volksstimme" (SED-Potsdam) entnehmen wir: "Um die Betriebe vor Sabotageakten zu schützen, stehen die Angehörigen der FDJ von Borkheide (Belzig) in jeder Nacht Friedenswacht. Auf Initiative der Jugendlichen der FDJ-Ortsgruppe wurden in der vergangenen Woche im Kreis Zauch-Belzig sieben Friedenskomitees gebildet."

+ +

 Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt